Albert Steck

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-334946

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

23. JAHRGANG -- DEZEMBER 1943 -- HEFT 4

Albert Steck

Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 19. Dezember 1943

Von * * *

In Albert *Steck* ehrt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihren Begründer. Zwar waren Versuche zur Schaffung einer solchen schon erheblich früher zu zwei Malen unternommen worden, aber aus keinem dieser war ein beständiges Gebilde hervorgegangen. Auch das Stecksche Beginnen stand zunächst unter einem wenig verheißungsvollen Stern. Als auf seinen Antrag hin ein «Schweizerischer Arbeitertag», wie sich damals die jährliche Delegiertenversammlung eines losen Verbandes sozialdemokratischen Charakters, bestehend aus Gewerkschaftsbund, einigen sozialdemokratischen Mitgliedschaften, sowie einer Anzahl Sektionen des Schweizerischen Grütlivereins und anderer Arbeitervereine etwas anspruchsvoll nannte, am 21. Oktober 1888 in Bern einen entsprechenden Beschluß faßte, erschien die Zukunft der ins Leben gerufenen Organisation noch durchaus ungewiß, zumal sich die Grütlivereine fast allesamt fernhielten und die hauptsächlichen Befürworter aus dem Kreise des Gewerkschaftsbundes kamen, der damals selber noch wenig mehr als ein Name war. Steck selber war denn auch sehr weit davon entfernt, sich in Optimismus zu wiegen. In dem Bericht über den betreffenden Arbeitertag bekannte er mit allem Freimut, daß dem Beschlusse, die Bildung einer Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu versuchen, «vorläufig nur ein sehr mäßiges Gewicht zukommt». Immerhin wurde, was die Quantität vermissen ließ, zu einem erheblichen Teil wieder durch Qualität wettgemacht. Das Aktionskomitee, das die Parteigründung vorbereitet hatte und dessen treibende Kraft Albert Steck war, erwies sich als eine beträchtliche geistige Potenz, was vor allem seinen Ausdruck in einem von ihm verfaßten, recht handfesten und den besonderen Gegebenheiten des Landes klug Rechnung tragenden Programm fand.

Die Hauptschwierigkeit der Parteigründung rührte, abgesehen von der damals noch allgemein anzutreffenden geistigen Rückständigkeit der Arbeiterschaft, die aber selber wieder nur der Reflex der noch bestehenden allgemeinen wirtschaftlichen Rückständigkeit war, nicht zuletzt von dem Bestehen des Grütlivereins her, der in jener Zeit die bei weitem stärkste politische Organisation des Landes war und eine kraftvolle Tätig-

keit im Sinne des politischen und sozialen Fortschritts entfaltete. In diesem hatten sich wohl alle fortschrittlichen Elemente einschließlich der sozialdemokratischen zusammengefunden und da seinem Wirken nachweisbare beträchtliche Erfolge auf den verschiedensten Gebieten beschieden waren, so wurde die Schaffung einer selbständigen Sozialdemokratischen Partei zunächst nicht als eine dringende Notwendigkeit empfunden. Nun war aber die Parteigründung nicht als Schaffung einer Konkurrenzorganisation zum Grütliverein gedacht gewesen. Steck selber hatte eine viel zu hohe Auffassung von dessen Wert, als daß ihm ein solcher Gedanke gekommen wäre. Was ihm vorschwebte, war vielmehr die Bildung einer Art Vortrupp. Das geht klar und deutlich aus einem am Vorabend der Parteigründung von ihm veröffentlichten Artikel hervor, der es wohl verdient, in Erinnerung gerufen zu werden.

«Der Grütliverein, heißt es dort anerkennend, hat vollbracht, was ihm bei seiner Zusammensetzung möglich war, ja, unter seiner strammen und energischen Leitung seines Zentralkomitees ist er sogar manchmal weitergekommen, als die große Mehrzahl seiner Mitglieder, sich selber überlassen, gegangen wäre. Er soll fortfahren, in seiner guten, ihm angemessenen Weise zu wirken, unsere besten Wünsche begleiten ihn ...

Wir Sozialdemokraten sind nicht eifersüchtig; sind vielmehr froh, in unserem Rücken eine so imponierende und einflußreiche, dabei uns wohlgeneigte Armee zu haben, auf die wir uns zurückziehen können, wenn wir geschlagen werden. Der Grütliverein dagegen dürfte uns wohl auch wenigstens als *die Puffer vor seiner Streitlokomotive* schätzen, oder, unseretwegen, *als seine selbständig und auf eigene Gefahr operierende Schützenlinie.*

Sollte uns ein St. Jakob beschieden sein, wer anders hätte denn unseren Untergang zu genießen als der Grütliverein?»

(Schweizerischer Sozialdemokrat, 22. September 1888.)

Ähnliche Anklänge finden sich auch in einem nur wenig später geschriebenen Artikel Albert Stecks:

«Es gibt viele Sozialdemokraten bei uns, welche nur ‚auch Sozialdemokraten' sein wollen, neben ihrer Eigenschaft als Mitglied dieser oder jener alten politischen Partei oder politischen Vereinigung. Ein Heraustreten aus dem schützenden Haufen zur offen und frei erhobenen Fahne der Sozialdemokratie widerstrebt ihnen. Sie hoffen auf die Sozialdemokratie, aber sie selber zu gründen im Lande, losgelöst von den bürgerlich geduldeten und anerkannten politischen Faktoren, dazu können sie sich nicht verstehen.

Man kann ihnen das nicht allzu sehr übel nehmen; denn es ist wirklich fraglich, ob wir einer speziellen Sozialdemokratischen Partei bedürfen, wie wir das schon in einer früheren Nummer unseres Blattes gesagt haben. Man *kann* ja sagen, die heutige Demokratische Partei hat Raum und Arbeit auch für Sozialdemokraten, ja, sie will und wirkt alles, was im sozialdemokratischen Sinne heute möglich ist ...»

(Schweizerischer Sozialdemokrat vom 6. Oktober 1888.)

Aber in dem gleichen Artikel macht Albert Steck auch kein Hehl daraus, warum er eine Sozialdemokratische Partei dennoch für notwendig

hält und worin sich diese von anderen Parteien und Vereinigungen zu unterscheiden habe. Unter Hinweis auf die steigenden wirtschaftlichen und sozialen Spannungen, die sich unvermeidlich aus dem unveränderten Fortbestand der bestehenden Wirtschaftsordnung ergeben müssen, begründet er die Unerläßlichkeit einer grundsätzlichen Änderung dieser Wirtschaftsordnung mit der Sozialdemokratie als Ziel, woraus er wieder die Schlußfolgerung zieht:

«Eine Sozialdemokratische Partei, die nicht von revolutionärem Geiste gegründet und getragen ist, wollen wir nicht.»

Die Sozialdemokratische Partei sollte also nach dem Plane Stecks nicht nur fortschrittlicher sein als die bestehenden, von denen zumindest die damaligen Radikalen für manche sozialdemokratische Forderungen zu haben waren, sondern sie sollte bewußt auf die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung hinsteuern.

Während eine solche weite Zielsetzung heute in breiten Kreisen des Schweizervolkes anerkannt wird, klang sie ausgangs der achtziger Jahre noch direkt vermessen, wenn nicht gar als wahnwitzig. Wohl ließ die wirtschaftliche und soziale Lage breiter Bevölkerungsteile damals eher noch mehr zu wünschen übrig als heute, aber wenn man schon die Mängel der bestehenden Ordnung erkannte, so wurde doch von niemand die Unvereinbarkeit der eigentlichen Volksinteressen mit dieser Ordnung ins Auge gefaßt. Solche Überlegungen waren damals nicht einmal in der Arbeiterschaft anzutreffen, die doch diese Mängel noch am ehesten am eigenen Leib zu verspüren bekam und wenn gleichwohl die Steckschen Ideen sich durchsetzten und der Lebensfaden der neuen Sozialdemokratischen Partei nicht mehr abbrach, dann ist dies wesentlich, wenn nicht ausschließlich das Verdienst von Albert Steck, der sich durch noch so viele Anfechtungen und Enttäuschungen nicht mehr von dem einmal eingeschlagenen Wege abbringen ließ und treu und unerschrocken zu der von ihm gehißten Fahne zu einer Zeit stand, da diese nur über einer verschwindend kleinen Schar von Häuptern schwebte.

Albert Steck stand, als er die Initiative zur Gründung der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei ergriff, in der vollen Reife der Jahre. Auch war er in der Politik zumindest seines Heimatkantons kein völlig Unbekannter, denn schon im Jahre 1878 war er in den bernischen Großen Rat gewählt worden und gehörte diesem seitdem ununterbrochen an. Zudem hatte er sich als Redakteur einen Namen gemacht, da er während eines Jahrfünfts — von 1879 bis 1884 — die Leitung der damaligen «Berner Post» in Händen hatte. Allerdings wurde gerade diese Tätigkeit damals von vielen nicht ohne Leidwesen, ja Verärgerung betrachtet. Das Blatt schlug mitunter äußerst heftige Töne an, die wie Trommelwirbel klangen. Vor allem deckte es unerschrocken soziale Schäden am schweizerischen Volkskörper auf und verband damit Forderungen, die in gewissen bürgerlichen Kreisen geradezu Entsetzen hervorriefen. Offenbar hatte es sich Steck damals zur Aufgabe gemacht, die bernischen Demokraten aus dem Schlaf zu rütteln, dem sie seit dem Umschwung der vierziger Jahre wieder verfallen waren. Bei diesem Bemühen fand Steck eine ihn

prächtig ergänzende Kraft in der Person des damaligen Pfarrers Paul *Brandt*, den er sich aus einem verlassenen Bergnest als Mitarbeiter in die Redaktion geholt hatte und der später vor allem in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung eine große Rolle spielen sollte. Aber schließlich wurden die Radikalen des ihnen aus ihrem eigenen Blatte entgegenschlagenden Tones satt und setzten die beiden lästigen Kritiker eines Tages auf die Straße, wobei sie eine Umorganisation des Blattes zum Vorwand nahmen. Aber wenn man gehofft hatte, die beiden Redakteure dadurch demütigen zu können, so erwies sich dies als eine Täuschung. Weit davon entfernt, sich reuig an die Brust zu schlagen, verabschiedete sich Albert Steck in der letzten Nummer des Blattes mit folgendem denkwürdigem Bekenntnis: «*Heute fester als je steht vor mir ein sozialdemokratisches Staatswesen unter Aufhebung aller Klassenunterschiede, ausschließlich beruhend auf bürgerlichem Solidaritätsgefühl und uneigennütziger Menschenliebe.*»

Mußte ein solches Bekenntnis schon nach Zeit und Umständen, unter denen es ausgesprochen wurde, beträchtliches Staunen erregen, so noch mehr angesichts der Person, die es ablegte. Albert Steck gehörte seiner Herkunft nach zu einer der vornehmsten und höchst angesehenen Familien der Bundesstadt. Sein Vater selber war Verwalter des Berner Burgerspitals, einer der größten Besitzungen der reichen bernischen Burgergemeinde, und Vorväter waren einst Landvögte in Friedenis, Saanen, Trachselwald und Lenzburg gewesen, was allein schon viel genug aussagt. Nun hatte man es zu jener Zeit wohl öfter erlebt, daß die Söhne von Aristokraten in das Lager der Demokraten abschwenkten, aber bei den meisten handelte es sich um jugendliche Anwandlungen, die später wieder reuig rückgängig gemacht wurden, oder aber sie hofften, auf diese Weise zu den Ämtern zu kommen, die ihnen der eigene Stand angesichts der gewandelten Zeitumstände nicht mehr sichern konnte. Daß aber ein Aristokratensohn im reifen Mannesalter sich politisch dorthin stellte, wo nichts zu erhoffen war, dafür aber um so mehr geopfert werden mußte und sich dafür obendrein noch den Haß des gesamten Groß- und Kleinbürgertums zuzog, das war ein außergewöhnlicher Sonderfall, über den man nur den Kopf schütteln konnte, der aber interessanterweise in Zürich eine gewisse Parallele in der Person Karl *Bürklis* hat, der bekanntlich ebenfalls zum Abtrünnigen seiner Klasse wurde. Albert Steck selbst hatte sich in seiner Vaterstadt außer als Redakteur und Politiker einen respektierten Namen als Fürsprech gemacht und galt als ein Mann von hohem und seltenem Wissen. Überdies stand ihm bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei ein Mann zur Seite, der sich eines kaum weniger hohen Ansehens erfreute, der Fürsprech und spätere Bundesrichter Alexander *Reichel*, der auf dem Arbeiterparteitag im Oktober 1888 mit großem Geschick den Vorsitz führte und der in der Folge mit Albert Steck zusammen während vieler Jahre am Himmel der Bundesstadt eine Art rotes Zweigestirn bildete.

Ehe es zu diesem historisch gewordenen Arbeitertag in Bern kam, hatte sich Steck freilich für längere Zeit von der Bühne der Politik zurückziehen müssen. Albert Steck hatte zeitlebens ein Lungenleiden, das ihm

immer wieder den Zwang zur unfreiwilligen Ruhe auferlegte, die er zumeist in Davos suchte. Aber er verbrachte diese Zeit nie damit, nur seine Gesundheit zu pflegen, sondern solche Unterbrechungen dienten gleicherweise der Auffrischung seines Geistes und der Vertiefung seines Wissens. So hielt es Steck auch diesmal, nur daß er die Auswahl der Lektüre ganz im Hinblick auf die für später geplante Tätigkeit traf, dem Sozialismus in der Schweiz den Boden vorzubereiten, wie dies dann vor allem durch die Herausgabe des von ihm geleiteten Wochenblattes «*Schweizerischer Sozialdemokrat*» von 1888 bis 1892 geschah. Indessen darf man nicht glauben, daß Albert Steck sich auf eine Wiedergabe dessen beschränkte, was ihm in gedruckten Büchern und Schriften anderer begegnet war. Steck war ein viel zu selbständiger Denker, als daß er Ideen und Lehren unbesehen übernommen hätte. Auch konnte ihm unmöglich entgehen, daß diese zumeist unter wesentlich anderen Zeitumständen und Bedingungen entstanden waren, als daß sie ohne weiteres auf die Schweiz mit ihrer besonderen und auf dem europäischen Festland geradezu einmaligen Entwicklungsgeschichte übertragbar gewesen wäre. So entstand unter Stecks Hand eine in weiten und sogar wesentlichen Teilen selbständige sozialistische Theorie, die wohl im Endziel mit dem der deutschen Sozialdemokratie übereinstimmte, nicht aber hinsichtlich der Mittel und Wege. So lehnte er beispielsweise den von Karl Marx in einem nachgelassenen Werk geprägten Begriff «Diktatur des Proletariats» sofort ab, während er anderseits die Lassallesche Verelendungstheorie auch dann noch schützte, als ein sozialdemokratischer Parteitag in Deutschland diese im Parteiprogramm fallen ließ, wie er sich überhaupt stärker an Lassalle als an Karl Marx anlehnte. Darüber hinaus sind bei Steck auch viele Elemente aus den Lehren Fouriers anzutreffen, so vor allem die naturrechtliche Begründungsweise des «Rechts auf Arbeit», für das Steck im Jahre 1893 jene berühmt gewordene Volksinitiative in der Schweiz lancierte.

Leider hat Steck keine geschlossene Arbeit hinterlassen, die als eine Zusammenfassung seiner Erkenntnisse anzusprechen wäre. Außer den fünf Jahrgängen des «Schweizerischen Sozialdemokrat» und einigen Gelegenheitsbroschüren sowie vielen Einzelabhandlungen, die allerdings sehr verstreut sind, besitzen wir von ihm nur zwei Schriften mit gesammelten Aufsätzen aus dem «Schweizerischen Sozialdemokrat», also aus den Jahren 1888 bis 1892. Von diesen ist die eine unter dem Titel «*Schweizerisches Arbeiterlesebuch*», die andere unter dem Titel «*Beiträge zur Erkenntnis der sozialen Frage und ihrer möglichen Lösung*» erschienen. Zu einer größeren Verbreitung scheint nur das «Arbeiterlesebuch» gelangt zu sein. Wie der Verfasser im Vorwort zu diesem selber ebenso bescheiden wie offen erklärte, war er «bei seiner Arbeit selber noch ein Lernender, ist es noch heute und hofft es zu bleiben. Er ladet nur ein, mit ihm zu lernen». Tatsächlich gewinnt man bei der Lektüre dieses Buches den Eindruck, als ob die Abhandlungen vielfach zum Zwecke der Selbstverständigung geschrieben seien, wobei dem Verfasser aber mitunter treffende Formulierungen gelingen. Sehr viel abgeklärter wirken die «Beiträge», die zwar manches wiederholen, das schon im «Arbeiterlesebuch»

anzutreffen ist, aber inhaltlich weit über dieses hinauswachsen, weil sich Steck darin eingehender mit dem Problem des Staates und dem «Wie?» beschäftigt. Wohl nirgends tritt die geistige Selbständigkeit Stecks so klar zutage wie in diesen beiden Abhandlungen. Vieles mutet darin wie für den Tag geschrieben an, weshalb es sich wohl lohnt, sie der Vergessenheit etwas zu entreißen. Zunächst seien hier die hauptsächlichsten Teile aus dem Aufsatz «*Durch den Staat oder gegen den Staat?*» wiedergegeben:

«Es ist also sicher und prinzipiell klar, daß in einer Monarchie die Sozialdemokratie *gegen* den Staat steht, *gegen ihn* kämpfen und *gegen* ihn siegen muß, trotz allen scheinbaren Ausnahmen.

Anders aber muß sich die Sache in einer *Demokratie* verhalten. Anders also bei uns in der Schweiz. Wir dürfen uns da nicht irremachen lassen dadurch, daß wir unsere Theorie, die Wissenschaft des Sozialismus und auch wohl ein Stück Praxis — zum Anfang und bevor wir zu unserer *eigenen Praxis* gelangen konnten (wir stehen hierzu noch erst im Anfang) — aus der Monarchie übernommen haben. Auch dadurch nicht, daß unsere Staatsform früher die aristokratische war und wir daher die früheren Revolutionen von diesem Gesichtspunkt aus verstehen und auffassen mußten, so, daß in der Erinnerung, in der revolutionären Tradition auch bei uns der Staat als unbedingter Feind dasteht und nichts anderes. Der *Inhalt* unseres republikanischen Staatslebens ist freilich, weil er von den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen bestimmt wird, ebenso unser Feind, von vornherein, als in jeder kapitalistischen Monarchie. Allein die *Staatsform* ist prinzipiell die, welche auch wir wollen. Wir können und wollen, auch als Sozialdemokraten, in ihr leben und wirken. Wir brauchen unsere Staatsform, von deren Ausbau abgesehen, nicht zu ändern und wollen es auch nicht. Wir wollen ihr nur durch Änderung, eine allerdings umwälzende Änderung des Wirtschaftslebens des Volkes, einen andern Inhalt geben. Wir schweizerische Sozialdemokraten sind darum für uns *nicht politische, sondern soziale Revolutionäre . . . Besteht der Patriotismus in der Liebe und in der Hingebung für die heimische Staatsform, so sind wir Sozialdemokraten die besten Patrioten, viel bessere als die Kapitalisten, welche mit einer Änderung dieser Staatsform, wie sie wohl wissen, nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen haben.*»

Die Schlußfolgerung, die sich aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit zwischen schweizerischer Demokratie und absoluter oder halbabsoluter Monarchie ergibt, liegt nahe und wird auch von Steck gezogen:

«Durch den Staat also, nicht gegen den Staat wollen und sollen wir bei uns unser Ziel, die sozialistische Gesellschaft in demokratischer Organisation erreichen . . . *Wir dürfen uns vor unserm Staate und unserm Volke nicht fürchten*, denn es ist *unser* Staat und wir sind *selber ein Teil des souveränen Volkes*, der die Mehrheit und damit den bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des schweizerischen Staatslebens, des Staatsinhaltes zu erlangen sucht und auch, so gewiß der Sozialdemokratie die Zukunft gehört, erlangen wird.»

Auch noch auf eine andere praktische Bedeutung dieses Unterschiedes, die leicht übersehen wird, weist Steck hin:

«Wir sollten uns daher hüten, das anderwärts, unter andern politischen Verhältnissen entstandene verächtliche Schlagwort «Staatssozia-

lismus» im gleichen Sinne zu gebrauchen. *In der Demokratie ist der Staatssozialismus der Sozialismus des Volkes*, nicht der Regierung, und was wir etwa als «Staatssozialismus» mißbilligen und verwerfen, würde wohl bei uns richtiger «Bourgeoissozialismus» genannt, weil es eben nur *Scheinsozialismus* ist, der den Zweck hat, die kapitalistische Gesellschaft aufrechtzuerhalten und die Bourgeoisie zu retten.

Wir wollen den echten Sozialismus, können, dürfen und sollen ihn wollen, weil wir durch unsern Staat, die demokratische Republik, zur Sozialdemokratie gelangen können und gelangen wollen ...

Daß Verfassung und Gesetze leerer Wahn, *bloßes Papier* seien, das kann man in gewissem Maße in der Monarchie sagen, wo nötigenfalls Regierung und Armee sich über beides hinwegsetzen und mit Gewalt ihren Willen ertrotzen. In der Demokratie aber ist es falsch; denn dieselbe Mehrheit, die Verfassung und Gesetze gibt, wird sie auch durchzuführen wissen, wobei noch ein großer Teil derjenigen, die vielleicht in der Volksabstimmung «nein» stimmten, ihr zufallen oder mindestens neutral bleiben werden *um der Verfassung und des Gesetzes willen.*

Der politische Kampf der Sozialdemokratie kann und soll bei uns anders geführt werden, als da, wo die Volksherrschaft nicht anerkannt ist.»

Es ist nur logisch, daß sich ein grüblerischer Kopf wie Steck auch darüber Gedanken machte, *wie der sozialdemokratische Staat zu verwirklichen sei.* Selbstredend kann es sich hierbei, wie Steck selber ausdrücklich hervorhebt, nur um «Andeutungen» handeln. Gleichwohl gewähren gerade diese Betrachtungen einen tiefen Einblick in Stecks Denkweise. Da ist zunächst einmal die Tatsache interessant, daß er die Antworten unter die Bedingung stellt: «*Wenn der sozialdemokratische Staat durch das freie, bei aller Energie ruhige und sichere Walten verständiger, guter und mutiger Menschen herbeigeführt würde*», daß er aber sogleich anfügt:

«Wir hegen nicht große Hoffnung, daß diese Bedingung erfüllt werde; allein wir müssen immerhin nach deren Erfüllung in erster Linie streben. Erst wenn uns jede Hoffnung in dieser Richtung schwindet, werden wir von diesem Wege zurücktreten, auf welchem trotz aller Enttäuschungen auszuharren als sittliche Pflicht erscheint.

Die Ereignisse gehen ja gleichwohl ihren notwendigen Gang, und unser Streben in idealem Sinne kann diesen Gang der Dinge nicht stören, sondern wohl eher da und dort in veredelndem Sinne auf seine Gestaltung einwirken. Tragen wir also ruhig von materialistischer Seite den Vorwurf des *Utopismus*, der ja nicht unsere Einsicht, sondern nur unsere Tätigkeit trifft. Suchen wir dagegen an guten Früchten unseres Strebens zu zeigen, daß auch diese Geistesrichtung wohl berechtigt und von praktischem Werte ist. Halten wir uns dabei die wissenschaftliche Erkenntnis frei, so werden wir auch die Grenzen, die dem politischen Idealismus von den zwingenden Forderungen der praktischen Wirklichkeit gezogen werden, nicht überschreiten.»

Steck sieht zwei Schwierigkeiten, die der Erfüllung der gestellten Bedingung entgegenstehen: Einmal müßte sich der politische Sieg der Sozialdemokratie in Ruhe vollziehen. Das erscheine zweifelhaft und könnte sich nur da erfüllen, wo die Sozialdemokratie «*vollständig freie Bahn* ihrer Entwicklung zur politischen Herrschaft hat». Alsdann fährt Steck fort:

«Das ist nun bis heute nicht einmal in der Demokratie der Fall, das heißt nicht einmal da, wo doch die freie Entwicklung in den politischen Einrichtungen *formell* gegeben ist. Nicht die Widerstände der kapitalistischen Parteien kommen zwar da in Betracht, wohl aber die faktischen sozialen Verhältnisse, welche die demokratische oder auch nur die republikanische politische Gleichberechtigung aller Bürger mehr oder weniger illusorisch machen und in Wahrheit auch in den sogenannten «freiesten» Ländern eine weit über die bloße politische Mehrheitsmacht hinausgehende *soziale Klassenherrschaft* und ihr entsprechend eine soziale Klassenknechtschaft begründen.

Der politische Kampf der Sozialdemokratie und aller sozialrevolutionären Parteien und Gruppen ist eben auch in den freiesten Ländern kein Kampf freier und gleicher Bürger mit den Anhängern anderer politischer Parteien, sondern in Wahrheit — *ein Aufstand.*

Wir haben zum Beispiel in der Schweiz nicht nur mit andern und heute noch stärkern politischen Parteien auf dem freien Boden wirklicher Gleichberechtigung zu kämpfen, sondern mit «Herren», die ihre ökonomische und soziale Gewalt über die Arbeiter persönlich ausnutzen und geltend machen. Man bekämpft uns nicht nur, ja, genau betrachtet, zum geringsten Teile an der Stimmurne mit dem Stimmzettel, sondern mit den Waffen *persönlicher Herrschaft,* die den Besitzern der Produktionsmittel ja so reichlich zur Verfügung stehen.»

Abschließend erklärt Steck:

«Zur politischen Macht kann sie (die Sozialdemokratie) *vor diesen Waffen* kaum auf friedlichem Wege gelangen.»

Die andere Hauptschwierigkeit aber sieht Steck in einem möglichen Zerwürfnis am Tage des Machtantritts in den eigenen Reihen. Wörtlich führt Steck hierzu aus:

«Wir fürchten da mehr die «Freunde» als die Feinde, das heißt mehr die Leidenschaft und Ungeduld der so lange vom Kapitalismus geknechteten und darnieder gehaltenen Volksmasse mit ihrem so natürlichen Übereifer, als die dann noch zu überwindenden kapitalistischen Widerstände. Die Frage ist uns darum nicht nur die, ob es möglich, respektive wahrscheinlich sei, daß die Sozialdemokratische Partei auf dem Wege ruhiger oder doch nur wenig stürmischer politischer Entwicklung zur Herrschaft gelange, sondern auch die, ob man hoffen dürfe, *daß der Tag des politischen Sieges eine Zeit verständiger Selbstbeherrschung und wesentlicher, besonders taktischer Einigkeit der siegenden Partei eröffne.*

So gerne wir uns nun optimistischen Anschauungen in dieser Beziehung hingäben, so wenig will es uns gelingen, nach unsern Erfahrungen und Einsichten auf dem Gebiete des bisherigen revolutionären Parteilebens, die angegebene Hoffnung festzuhalten . . .»

Im einen wie im andern sieht Steck einen «viziosen Zirkel», dem nur dadurch entronnen werden könnte, «daß auch ein großer Teil der *kapitalistischen* Parteien den Arbeitern helfen würde, die persönliche Gewalt ihrer Herren über sie zu brechen und den ökonomisch Geknechteten ihre volle, wirkliche politische Freiheit zu verschaffen. Das aber müßte, wie heute noch die Dinge stehen und überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft, als eine politische Vergewaltigung der Arbeiterherren erscheinen und würde einen allen kapitalistischen Grundsätzen zuwiderlaufenden

Eingriff in deren Freiheit, respektive persönliche Machtsphäre bedeuten, wenn es überhaupt ohne Aufgeben der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist. Somit darf man wohl sagen, daß die Aussicht auf *diese* Lösung der Schwierigkeiten eine ziemlich unwahrscheinliche ist.»

Dieser Ausblick läßt in Steck finstere Ahnungen aufsteigen. Vor seinem Auge ersteht das Bild einer wüsten Anarchie, «an deren Ende der Ordnungshüter auf Alte, Gewohnte zurückgreift». Steck läßt sich aber auch dadurch nicht entmutigen, denn:

«*Allein zum Glück ist die Revolution damit doch nicht tot und am Ende.* Sie hat nur ein Anfangsstadium durchgemacht. Die Ideen schlägt man nicht tot. Sie sind unzerstörbar und *auch die wirtschaftliche Notwendigkeit, aus welcher die Revolution hervorgegangen war, wirkt fort.* Beiden wird die Reaktion *Rechnung tragen müssen,* nicht nur bei der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung, *sondern auch in ihrer nun neu beginnenden gesetzgeberischen Tätigkeit . . .*»

Der Leser kann dem Faden, der diese Gedankengänge durchzieht, unschwer folgen: Steck hält die sozialdemokratische Staatsordnung für notwendig und unvermeidlich; er wünscht, daß der Übergang friedlich erfolge und appelliert an alle zum Guten bereiten Kräfte, auch des Bürgertums, damit sie dies ermöglichen, ohne sich aber darum der Illusion hinzugeben, daß diesem Appell auch Folge geleistet werde.

Das ist der Hintergrund, auf den man nicht zuletzt Stecks Aktion für die verfassungsmäßige Verankerung des «*Rechts auf Arbeit*» halten muß, um deren ganzen und wirklichen Sinn zu verstehen. Tatsächlich bemerkt er in einer Fußnote zu den vorstehenden Betrachtungen, daß das Schicksal des gegenwärtig vor den eidgenössischen Räten liegenden Volksbegehrens des Rechts auf Arbeit für die Haltung des Bürgertums «nicht nur äußerst lehrreich, sondern geradezu entscheidend» sein werde. Diese ganze Aktion war also nicht zuletzt als eine Art Vorprüfung des Bürgertums gedacht gewesen, und man kann sich darum leicht die große Enttäuschung vorstellen, die dann im Sommer 1894 mit 308 289 gegen 75 880 Stimmen erfolgte Verwerfung dieses Volksbegehrens Steck bereitete.

Da der Kampf um das «*Recht auf Arbeit*» zugleich einen Hauptteil des gesamten Steckschen Wirkens ausmachte und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz mit diesem Postulat zum erstenmal in die breite Öffentlichkeit getreten ist, wäre eine Würdigung des Begründers unserer Partei notwendigerweise lückenhaft, wenn sie nicht auch auf diese Aktion ausgedehnt wäre. Hier ist zunächst festzustellen, daß das «Recht auf Arbeit» keine Wortprägung Stecks ist, sondern daß Steck damit nur das Schlagwort übernahm, das einst den eigentlichen Schlachtruf der französischen Februarrevolution von 1848 gebildet hatte und dann namentlich bei Fourier und dessen Schüler Considerant eine große Rolle spielte, wenn sie ihm auch beide eine verschiedene Auslegung gaben. Steck hat dieses Schlagwort dann auch als Postulat dem ersten Programm der Partei einverleibt, dessen einschlägige Teile wie folgt lauten:

«In Erwägung

. . .

7. daß das *allgemeine Recht auf Arbeit* als Grundlage einer menschen-

würdigen Existenz aller Bürger anerkannt werden muß, wenn eine richtige sozialistische Gesamtorganisation der nationalen Arbeit stattfinden soll, von der keiner ausgeschlossen werden kann;
beschließt

. . .

2. Das *Recht aller Bürger auf Arbeit* ist in die Verfassung aufzunehmen und ihm von den Behörden in der Weise Nachachtung zu verschaffen, daß jedem auf sein Verlangen eine möglichst nach seinen Kräften entsprechende, ausreichend gelohnte Beschäftigung im Dienst des Staates, der Gemeinde oder williger Privater angewiesen wird.

. . .»

Dabei bestand für Steck allerdings nie ein Zweifel, daß ein wirkliches Recht auf Arbeit von einer Gesellschaft nur dann gewährleistet werden könne, «*wenn sie über die Mittel der Arbeit, die Produktionsmittel verfügt*» («Schweizerischer Sozialdemokrat» Nr. 11, 1890). Steck gab sich denn auch keineswegs der Illusion hin, dem Recht auf Arbeit im Wege einer bloßen Verfassungsänderung zum Durchbruch zu verhelfen. Aber die Aufnahme eines entsprechenden Artikels erschien ihm wichtig, um der Arbeit endlich einen Rechtsboden zu verschaffen, von dem aus sie besser für ihre Rechte kämpfen könne. «Ihr kämpft auf unsicherem Boden», so rief er der Arbeiterschaft einmal zu, «solange ihr kein Recht auf Arbeit habt... Wenn die Bundesverfassung das allgemeine Recht auf Arbeit anerkennt, dann ist die Arbeit nicht mehr rechtlos, nicht mehr dem Belieben der privaten Arbeitgeber anheimgegeben; dann ist sie eine staatliche Einrichtung und die Gesetzgebung *muß* sehen, wie sie ihren Anforderungen gerecht werden kann». Demgemäß beschränkte sich der Text nicht darauf, lediglich die Aufnahme des Rechts auf Arbeit in die Verfassung zu fordern, sondern legte das Hauptgewicht auf eine Reihe sozialpolitischer Postulate wie Verkürzung der Arbeitszeit, unentgeltlichen Arbeitsnachweis, Schutz gegen Entlassung und Arbeitsentziehung, Arbeitslosenversicherung, Koalitionsfreiheit und demokratische Organisation in den Betrieben. Für Steck handelte es sich also nicht in erster Linie um das «Recht auf Arbeit», sondern um die *Rechte der Arbeit*, so wie dies auch die neue Initiative der Arbeiterorganisationen formuliert. Übrigens hat sich Steck später selber in diesem Punkte korrigiert. In einer nach Verwerfung der Initiative erschienenen Broschüre «*Die politische Bedeutung eines Volksrechtes auf Arbeit*», die als ein abschließendes Nachwort zu dieser Aktion zu betrachten ist, schrieb er:

«Allein, indem die Forderung eines Volksrechtes auf Arbeit stets neu die wissenschaftlichen Theoretiker beschäftigte, mußte sie allmählich sich umgestalten, sich verallgemeinern sowohl, wie auch vertiefen. So kommt es, daß sie heute in der Theorie und, wo sie dort aufgetreten ist, auch in der Praxis eine wesentlich andere Bedeutung und Gestalt gewonnen hat, als bei ihrem ersten und frühern Auftreten. Das Schlagwort zwar — Recht auf Arbeit — hat man, wenigstens für den populären Gebrauch, beibehalten; *indessen läßt sich deutlich erkennen, daß in seiner neuesten Anwendung die Betonung nicht mehr auf der «Arbeit», das heißt nicht auf der verlangten Arbeitsgelegenheit, sondern auf dem Recht der Arbeit liegt. Nicht die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist heute bei der Forderung die Hauptsache oder gar das Einzige, was verlangt wird,*

sondern das Recht der Arbeiter, sowohl derer, die Arbeit haben, als derer, die arbeitslos sind, auf Arbeit. Es ist klar, daß damit die Forderung an praktischer Bedeutung ganz wesentlich gewonnen hat und daß sie gleichzeitig auch der praktischen Durchführbarkeit viel näher gekommen ist . . .»

Trotz der Verwerfung hat die Initiative, eben weil sie von vornherein den Hauptakzent auf die Rechte der Arbeit gelegt hatte, in der Folge doch unverkennbare Erfolge gezeitigt. Nachweislich ist von ihr ein nachhaltiger Impuls zum sozialpolitischen Fortschritt ausgegangen. Es gehört dies nicht zu den geringsten Verdiensten, die Albert Steck sich erworben hat.

Endlich war Albert Steck auch ein Mann praktischer Ideen und Verwirklichungen. Von 1887 an waltete er als umsichtiger Sekretär der Reservekasse bis zu deren Übergang an den Gewerkschaftsbund. Dann rief er im Jahre 1888 die Arbeiterfortbildungsschule in Bern ins Leben. Desgleichen geht auf ihn die Gründung des stadtbernischen Arbeitersekretariates zurück, das damals einzig in seiner Art war und später das Vorbild für ähnliche Gründungen in der Schweiz und sogar in Deutschland gab. Vor allem war Steck ein Mann von Mut. Es gehörte in der damaligen Zeit nicht wenig dazu, sich als aristokratischer Abkömmling in die Reihen derer zu schlagen, in denen man lediglich unzufriedene Aufrührer sehen wollte. Steck hatte darum viele Anfechtungen zu bestehen, die sich namentlich beim Käfigturmkrawall zu einer förmlichen Haßwoge gegen ihn verdichteten. Nicht geringes Aufsehen erregte es auch, als er 1892 im Großen Rat den religiösen Eid verweigerte. Der Rat schloß deswegen den Verhaßten aus, aber der Bundesrat erklärte dieses Vorgehen für verfassungswidrig und Steck kehrte anfangs 1893 wieder in den Rat zurück. Bei allem Bemühen um theoretische Klärung wurzelte die sozialistische Weltanschauung bei Steck doch weniger in wissenschaftlicher Erkenntnis, als in einer hohen sittlichen Weltanschauung. Er selber bezeichnete den Sozialismus wiederholt als ein sittliches Gebot. Popularität ist Steck im Leben versagt geblieben. Er hat ihrer auch nie begehrt. Aber er hatte einen starken Einfluß auf die geistig aufgeschlosseneren Schichten des Bürgertums und der Erdrutsch, der im Gefolge des Käfigturmkrawalls beim Berner Freisinn eintrat, und dem vor allem die bernische Sozialdemokratie den Zustrom ganz bedeutender Kräfte wie Gustav *Müller* und Karl *Zgraggen* verdankte, war wesentlich sein Werk.

In den letzten Jahren seines Lebens, die nicht frei von Bitternis waren, beschäftigte sich Steck vor allem mit Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Obwohl längst vom Tod gezeichnet, trat dieser doch ganz überraschend an ihn heran. Steck starb an einer Lungenentzündung am 28. September 1899 in Bern nach einem fruchtbaren und selbstlosen, ganz aus Hingabe an die Armen und Schwachen erfüllten Leben.

Die Geschichte treibt mitunter ein launisches Spiel. Daß Albert Steck, ein Nachfahre früherer Landvögte, der Begründer der schweizerischen Sozialdemokratie wurde, ist gewiß ein solches und nicht einmal deren schlechtestes.